

Volkszählung

27. Mai 1970

Rechtsgrundlage

Gesetz über eine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1970) vom 14.4.1969 (Bundesgesetzbl. I S. 292) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. 9. 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1314). Danach ist jeder, der mit der Zählung zu tun hat, zur **Verschwiegenheit** verpflichtet. Die Angaben sind für statistische Zwecke bestimmt. Darüber hinaus dürfen sie für Verwaltungszwecke an oberste Bundes- und Landesbehörden ohne Nennung des Namens des Auskunftspflichtigen und an von ihnen bestimmte Stellen und Personen weitergeleitet werden. Ebenso ist die Weiterleitung für wissenschaftliche Zwecke (ohne Nennung von Namen und Anschriften) sowie an Gemeinden und Gemeindeverbände für Zwecke der Regionalplanung und des Städtebaus zulässig. Die Angaben können mit entsprechenden Unterlagen der Gemeinden verglichen und Namen, Anschriften und Geburtsdaten können zur Berichtigung der Melderegister verwendet werden. Für diese vorgenannten Stellen und Personen gilt die Verpflichtung zur Geheimhaltung. **Eine Verwendung der Angaben für andere – insbesondere steuerliche – Zwecke ist ausgeschlossen.**

Beispiel für das Ausfüllen des Fragebogens

Bitte machen Sie einen Bleistiftstrich zwischen den Klammern hinter der zutreffenden Antwort

Haben Sie sich bei einer Eintragung geirrt, so radieren Sie die fehlerhafte Markierung wieder aus. Dies muß aus technischen Gründen allerdings so sorgfältig geschehen, daß kein Rest der Markierung zurückbleibt.

⑪ Sind Sie	erwerbstätig	« — »
	Landwirt	« » —
	mithelfend im Familienbetrieb	« » —
	arbeitslos / arbeitsuchend	« » —
	nicht erwerbstätig	« » —
	Hausfrau	« » —
	Berufs- / Zeitsoldat	« » —

Bitte nur
Bleistift
benutzen

Erläuterungen zu einzelnen FragenFrage
Nr.

Erläuterungen

⑦ ⑩ ③③ Bei diesen Fragen können **mehrere Antworten** zutreffen, die entsprechend zu markieren sind.

④ Diese Frage ist nicht zu beantworten.

⑦ Bei „nein“ sind die Fragen 7 a-d unbeantwortet zu lassen.

⑩ Volksschule, Realschule (Mittelschule) und Gymnasium (Oberschule)

Für Personen, die eine **Sonderschule** besucht haben, ist in Frage 10 „Volksschule“ zu markieren. Als Volksschulabschluß gilt die Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht. Wurde eine Realschule vor der Abschlußprüfung oder ein Gymnasium vor Erreichen der Mittleren Reife verlassen, so ist „Volksschule“ zu markieren. — Bei Abgang nach Erreichen der Mittleren Reife, aber vor dem Abitur, ist „Mittlere Reife“ zu markieren.

Personen, die den Besuch an einer entsprechenden Schule des sogenannten **Zweiten Bildungsweges**, z. B. Abendrealschule, Abendgymnasium, Kollegs bzw. Institute zur Erlangung der Hochschulreife, mit Abschluß beendet haben, markieren entweder „Mittlere Reife“ oder „Abitur“.

Es sind **alle** Schulabschlüsse anzugeben.

Wurde z. B. nach der Mittleren Reife eine Ingenieurschule oder nach dem Abitur eine Hochschule besucht und abgeschlossen, so sind jeweils beide Schulen zu kennzeichnen.

⑪ Bei Frage 11 ist „erwerbstätig“ zu markieren.

Frage Nr.	Erläuterungen
⑫ ⑬ ⑭	Als Arbeits-(Dienst-) Ort darf nur die Gemeinde, Straße und Hausnummer, nicht aber Name der Bezeichnung der Dienststelle (Kaserne) angegeben werden. Für diejenigen Kasernierten, die ihren Dienst innerhalb der Kaserne verrichten, in der sie untergebracht sind, ist bei Frage 13 „kein Verkehrsmittel“ und bei Frage 14 „gleiches Grundstück“ zu markieren.
⑮	Es ist lediglich einzutragen „Bund“.
⑯	Es ist „Beamter/Richter“ zu markieren.
⑰	Für Kinder, deren Vater bzw. Mutter nach dem 1. 9. 1939 geboren wurde, sind keine Eintragungen zu machen. Die Kategorien „Bundesgebiet einschl. Berlin (West)“ und „Sowjetzone bzw. Ostberlin“ stehen hier für diejenigen Gebiete des einstigen Deutschen Reichs, die erst später nach dem Kriege die vorgenannte Bezeichnung erhielten.
⑱	Für Personen, die im Ausweis eines Elternteils (Vater oder Mutter) eingetragen sind, ist der Buchstabe dieses Ausweises zu markieren.
⑳	Unter a) ist „Beamter“, unter b) die „Laufbahngruppe“ (einfacher, mittlerer, gehobener, höherer Dienst) einzutragen.
㉑	Anzugeben ist jede praktische Berufsausbildung, gleichgültig ob sie sich auf eine mehrjährige Lehrausbildung mit Abschlußprüfung oder eine kurze fachberufliche Einarbeitung (z. B. Dreher) bezog. Die Dauer der Ausbildung ist stets auf volle Jahre aufzurunden. Wenn mehrere Berufsausbildungen abgeschlossen wurden, ist nur die Dauer der letzten Ausbildung anzugeben.
㉒	Bei einer praktischen Berufsausbildung nacheinander für zwei (oder mehr) Berufe, ist der Beruf anzugeben, für den die letzte Ausbildung maßgebend war.
㉓	Die Dauer der Ausbildung ist stets auf volle Jahre auf- bzw. abzurunden. Wurden mehrere der in Frage 33 genannten Schulen besucht, sind die einzelnen Zeiten bis zum letzten Abschluß zusammenzuzählen.
㉔	Sind mehrere Schulen abgeschlossen worden, so ist nur die Hauptfachrichtung des letzten Abschlusses einzutragen.